

Antrag

des Abg. Jan-Peter Röderer u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Verkehr

Ein Jahr Deutschland-Ticket – Bilanz und Ausblick

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sich die Fahrgastzahlen in Baden-Württemberg im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) seit Einführung des Deutschland-Tickets am 1. Mai 2023 entwickelt haben;
2. wie sich die Zahl der verkauften Deutschland-Tickets in diesem Zeitraum in Baden-Württemberg entwickelt hat;
3. welche Einnahmen durch Ticketverkäufe des Deutschland-Tickets in diesem Zeitraum in Baden-Württemberg generiert wurden;
4. inwiefern ihr Zahlen vorliegen, wie sich die übrigen Ticketverkäufe in Baden-Württemberg entwickelt haben;
5. inwiefern sich die Durchreichung der Ausgleichszahlungen durch das Land an die jeweiligen Verkehrsverbände bzw. die einzelnen Verkehrsunternehmen planmäßig entwickelt hat;
6. ob die Durchreichung der Ausgleichszahlungen auch für das laufende Jahr durch die baden-württembergische Landesregierung gesichert ist;
7. wann die Landesregierung beabsichtigt, die Landes-Richtlinie zur Kompensation der Einnahmeausfälle des Deutschland-Tickets für das Jahr 2024 zu veröffentlichen;
8. wann sie im ÖPNV-Gesetz des Landes den „Anwendungsbefehl“ für das Deutschland-Ticket festschreiben wird;

9. inwiefern in der Haushaltsplanung des Landes die Fortsetzung des Deutschland-Tickets bereits finanziell hinterlegt ist;
10. von welcher Entwicklung des Deutschland-Tickets in Baden-Württemberg sie in Zukunft ausgehen wird.

3.5.2024

Röderer, Storz, Hoffmann, Binder, Rivoir SPD

Begründung

Ein Jahr Deutschland-Ticket ist ein guter Zeitpunkt, um Bilanz zu ziehen und einen Blick in die Zukunft zu wagen. Dabei sollen insbesondere die Geldströme zwischen dem Land und den Verbänden bzw. Verkehrsunternehmen und deren planmäßige Abwicklung im Mittelpunkt stehen.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 21. Juni 2024 Nr. VM3-0141.5-32/46/3 nimmt das Ministerium für Verkehr im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. *wie sich die Fahrgastzahlen in Baden-Württemberg im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) seit Einführung des Deutschland-Tickets am 1. Mai 2023 entwickelt haben;*

Die Einführung des Deutschland-Tickets hat zu einer deutlichen Steigerung der Nachfrage seit Mai 2023 geführt. Während die Fahrgastnachfrage im ersten Quartal 2023 noch auf einem eher geringen Niveau unter den Vor-Corona-Werten lag, zogen die Fahrgastzahlen ab Mai 2023 merklich an. Die Nachfragewerte im SPNV der zweiten Jahreshälfte lagen knapp 20 Prozent über den Werten vor der Pandemie 2019 – auf den Strecken zwischen den Oberzentren teilweise auch deutlich darüber. Durchweg konnte auf fast allen Strecken das Vor-Pandemie-Niveau übertroffen werden.

Im straßengebundenen ÖPNV liegen aktuell keine vollständigen und vergleichbaren Daten vor. Insgesamt ist auch hier eine steigende Nachfrage zu beobachten, jedoch in regional unterschiedlichem Umfang.

2. *wie sich die Zahl der verkauften Deutschland-Tickets in diesem Zeitraum in Baden-Württemberg entwickelt hat;*

In Baden-Württemberg haben aktuell rd. 1,43 Millionen Personen ein Deutschland-Ticket. Aus den vorliegenden Daten kann abgeleitet werden, dass diese Zahl seit der Einführung im Mai 2023 gestiegen ist.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

3. *welche Einnahmen durch Ticketverkäufe des Deutschland-Tickets in diesem Zeitraum in Baden-Württemberg generiert wurden;*

Diese Frage lässt sich aktuell nur für die Verkäufe beantworten, welche durch Verbände und Verkehrsunternehmen in Baden-Württemberg getätigt wurden. Hier wurden nach aktuell von den Verbänden vorliegenden Daten insgesamt im Jahr 2023 rund 280 Mio. Euro Einnahmen aus dem Deutschland-Ticket generiert. Diese Zahl ist nicht abschließend und kann noch unvollständige Meldungen enthalten. Hinzu kommen Einnahmen aus Nicht-BW-Verbänden oder bundesweiten Vertriebsplattformen in einer Größenordnung von ca. 45 Mio. Euro.

4. *inwiefern ihr Zahlen vorliegen, wie sich die übrigen Ticketverkäufe in Baden-Württemberg entwickelt haben;*

Die Verkäufe der übrigen Tickets haben sich in den Verbänden sehr unterschiedlich entwickelt. Der Einnahmenanteil aus dem Restsortiment an den Gesamteinnahmen schwankt dabei zwischen 30 Prozent und 60 Prozent.

5. *inwiefern sich die Durchreichung der Ausgleichszahlungen durch das Land an die jeweiligen Verkehrsverbände bzw. die einzelnen Verkehrsunternehmen planmäßig entwickelt hat;*

6. *ob die Durchreichung der Ausgleichszahlungen auch für das laufende Jahr durch die baden-württembergische Landesregierung gesichert ist;*

Zu den Ziffern 5 und 6 wird aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Die Durchreichung der Ausgleichszahlungen hat sich planmäßig entwickelt. Für das erste Halbjahr 2024 sind die Mittel bewilligt und ausgereicht. Die Finanzierung der zweiten Jahreshälfte wird gerade vorbereitet und zeitnah bewilligt.

7. *wann die Landesregierung beabsichtigt, die Landes-Richtlinie zur Kompensation der Einnahmeausfälle des Deutschland-Tickets für das Jahr 2024 zu veröffentlichen;*

Die Landesrichtlinie befand sich bis zum 7. Juni 2024 in einer freiwilligen Anhörung der Kommunalen Landesverbände. Sie soll in den nächsten Wochen veröffentlicht werden.

8. *wann sie im ÖPNV-Gesetz des Landes den „Anwendungsbefehl“ für das Deutschland-Ticket festschreiben wird;*

Damit ein möglicher Anwendungsbefehl, also eine rechtliche Regelung des Deutschland-Tickets, umgesetzt werden kann, müssen zunächst noch notwendige Rahmenbedingungen geschaffen werden. Insbesondere muss der Bund seine immer noch nicht umgesetzte Zusage vom November 2023 hinsichtlich der Mittelübertragung zwischen den Jahren erfüllen sowie die dauerhafte Finanzierung seines Anteils über das Jahr 2025 hinaus sicherstellen. Die Realisierung finanzwirksamer Maßnahmen muss im Rahmen einer nachhaltigen Finanzpolitik erfolgen. Eine solche erfordert einen verantwortungsvollen, generationengerechten Umgang mit den finanziellen Ressourcen. Erst auf dieser Grundlage können die Länder ein langfristiges Finanzierungskonzept verbindlich vorlegen, was einen Anwendungsbefehl ermöglichen könnte – denn letztlich entscheidet der Haushaltsgesetzgeber über die Bereitstellung von Ressourcen. Aus diesem Grund hat bis auf Thüringen bislang kein Land einen Anwendungsbefehl erlassen.

9. inwiefern in der Haushaltsplanung des Landes die Fortsetzung des Deutschland-Tickets bereits finanziell hinterlegt ist;

Die bislang absehbaren Beträge zur Finanzierung des Deutschland-Tickets ab dem Jahr 2025 werden in die Beratungen des Staatshaushaltsplans 2025/26 einfließen.

10. von welcher Entwicklung des Deutschland-Tickets in Baden-Württemberg sie in Zukunft ausgehen wird.

Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und der Bundeskanzler haben auf der Konferenz vom 6. November 2023 festgelegt, dass sich der Bund wie vereinbart zur Hälfte an den Kosten des Deutschland-Tickets beteiligen wird und dafür jährlich 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellt. Zusätzlich sollen in 2024 die im Jahr 2023 zur Verfügung stehenden und nicht verbrauchten Mittel eingesetzt werden. Dazu muss der Bund das Regionalisierungsgesetz ändern, um die vereinbarte Übertragbarkeit der jeweils in einem Jahr nicht verwendeten Zuschussmittel auf das Folgejahr gesetzlich herzustellen. Diese Regelung liegt noch nicht vor und ist auch bislang nicht im Gesetzgebungsverfahren, was von den Ländern kritisiert wird.

Zweitens muss anhand der aktuellen Tarif- und Einnahmeentwicklung in den Tariforganisationen geprüft werden, wie hoch der Finanzierungsbedarf in den Jahren 2024 und 2025 voraussichtlich ausfallen wird. Diese Prüfung wird aktuell durchgeführt. Zeichnet sich ab, dass die zur Verfügung stehenden Zuschussmittel in Höhe von insgesamt 9 Mrd. Euro (für die Jahre 2023 bis 2025 jeweils 3 Mrd. Euro jährlich) nicht ausreichen, müssen sich Bund und Länder darüber verständigen, wie das Ticket finanziert und der Ticketpreis gestaltet wird. Dazu können derzeit noch keine Aussagen getroffen werden.

Die weitere Entwicklung des Deutschland-Tickets wird darüber hinaus maßgeblich davon abhängen, ob der Bund seiner Finanzierungsverantwortung dauerhaft nachkommt.

Hermann

Minister für Verkehr